



NR°2

April 2022

# AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



Foto: pixabay.com

## IST SCHWEIGEN EINFACH ZUSTIMMUNG?

Am 15. Mai entscheiden wir mit dem Referendum gegen die Änderung des Transplantationsgesetzes über einen Paradigmenwechsel in der Organspende: Wer zu Lebzeiten nicht widersprochen hat, wird nach dem Tod zum Organspendenden, sofern die Angehörigen nicht noch intervenieren. Dabei geht es nicht darum, ob man für oder gegen Organspende ist, sondern darum wie die Organe künftig zur Verfügung gestellt werden.

A.Z.B.  
3001 Bern

2021 standen mehr als 1400 Menschen auf der Warteliste für eine Organspende, 72 davon verstarben. Die Organspende-Initiative wollte dem 2019 Abhilfe schaffen. Mit 113 000 beglaubigten Unterschriften eingereicht, forderte sie, dass jede Person automatisch zum Organspender wird, sofern sie sich nicht zu Lebzeiten dagegen geäußert hat. Der Bundesrat unterbreitete dem Parlament zwei Jahre später mit der erweiterten Widerspruchslösung eine Gesetzesänderung als Gegenvorschlag zur Volksinitiative: Wer nach seinem Tod keine Organentnahme möchte, soll dies neu festhalten müssen. Auch die Angehörigen können noch widersprechen, sofern dies glaubhaft der vermutete Wille des Verstorbenen ist. «Schweigen kann doch

nicht einfach als Zustimmung gewertet werden», kritisierte NR Marianne Streiff diesen Vorschlag im Nationalrat als fragwürdig und unethisch. Die EVP unterstützte einen Minderheitsantrag, der die Erklärungsregelung vorschlug. Diese hatte auch die Nationale Ethikkommission empfohlen: Der Bund sollte sicherstellen, dass alle in der Schweiz lebenden Personen ihren Willen zur Organspende erklären und in einem Register festhalten. «Eine solche Erklärungsregelung trägt dem Selbstbestimmungsrecht am besten Rechnung. Unklare Fälle werden seltener, das entlastet die Angehörigen», plädierte Marianne Streiff leider vergeblich für diese Lösung. Auch im Ständerat regte sich Widerstand gegen die geplante Änderung, die «ei-

ner Pflicht zur Organspende sehr nahe» komme. Es sei ein Eingriff in die liberalen Werte des Staates, wenn die Rechte auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung vom Bürger erst eingefordert werden müssten. Auch der Druck auf die Angehörigen erhöhe sich «massiv». Die Organspende müsse «ein freier Akt der Solidarität und Nächstenliebe bleiben», forderte SR Heidi Z'Graggen, kein «quasiautomatischer Zugriff des Staates auf den Körper des Menschen». Doch auch die Mehrheit des Ständerates sah dies anders. In der Schlussabstimmung stimmten beide Räte für die Änderung des Transplantationsgesetzes. Anfang Jahr reichte ein überparteiliches Komitee dagegen mit mehr als 64 000 Unterschriften das Referendum ein. (dm)

**DURCH NICHTS GERECHT! 4**

Der brutale Angriffskrieg auf die Ukraine erschüttert die Schweiz. 10 000 demonstrieren. Auch die EVP – und hilft.

**ZWECK HEILIGT MITTEL? 6 – 7**

Kann frau einen Spenderausweis haben und gegen die Widerspruchslösung sein? Ruth Baumann-Hölze im Interview.

**NEUE KAMPAGNE**

**12**

Ob 16 oder 60, Frau oder Mann, aus Landquart oder Solothurn – den Menschen in der EVP ist eines wichtig: Werte.

LIEBE LESERINNEN,  
LIEBE LESER



Foto: Rebekka Suter

Bei meiner Antrittsrede als Präsidentin der EVP im Juni letzten Jahres hatte ich von Grosswetterlagen gesprochen. «Der Umgang mit Ländern, in denen Diktatur herrscht oder Menschenrechte torpediert werden, bleibt eine Herausforderung», sagte ich damals unter anderem. Ich muss wohl kaum erwähnen, wie real diese Grosswetterlage inzwischen geworden ist. Fassungslos, wütend, besorgt, hilfeschend, beklommen, ohnmächtig – dies sind nur einige Wörter, die unsere Stimmungslage beschreiben. Gleichzeitig flüchten Menschen aus der Ukraine vor dem Tod oder halten Stellung, um ihr Land zu retten und dem russischen Einmarsch Einhalt zu gebieten. Unvorstellbar und doch real.

Auf das Schärfste sind die militärische Invasion und der Angriff auf die Ukraine zu verurteilen. Dieser Angriffskrieg ist ein massiver Bruch des Völkerrechts und seiner zentralen Werte. Nichts, rein gar nichts rechtfertigt diese schreckliche und anhaltende Invasion seitens Russlands. Zudem wird auch noch skrupellos gegen die Zivilbevölkerung vorgegangen. Gräueltaten um Gräueltaten kommen zum Vorschein. Alles erdenkliche muss getan werden, um einen Waffenstillstand zu erreichen sowie die Täter dieser Gräueltaten zur Rechenschaft zu ziehen. Weitere Sanktionen, wie zum Beispiel im physischen Handel sowie im Transithandel mit Gas, Öl und Kohle aus Russland sind zwingend.

Vor Ort braucht es neben medizinischen Gütern und Lebensmitteln auch weiteres Material. Die EVP hat sich beim Bundesrat mit Nachdruck für die Lieferung von Schutzwesten für Kinder, Zivilisten und Medizinpersonal eingesetzt. Spenden an Hilfsorganisationen sind zentral. Ich bin dankbar, dass nun in Moldawien – selbst eines der ärmsten Länder Europas – insbesondere die Schweiz nun grössere Hilfe bei der Aufnahme so vieler Flüchtlinge leistet.

Tief berührt und dankbar bin ich angesichts der vielen wichtigen Hilfe, die seitens der Bevölkerung, darunter auch von vielen Parteimitgliedern geleistet wird. Bei der Aufnahme und im Alltag der Geflüchteten wird nicht alles reibungslos verlaufen. Ich denke da nur schon an die Integration in den Schulen. Aber auch hier sind die Parteien da, um auf die Probleme aufmerksam zu machen und Verbesserungen zu verlangen.

Herzlich  
*Lilian Studer*  
Lilian Studer

IMPRESSUM

**AKZENTE: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**  
Das Abonnement erneuert sich jährlich automatisch, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr  
**Herausgeber:** EVP Schweiz, PF, 3001 Bern, 031 351 71 71, info@evppev.ch, evppev.ch  
**Chefredaktion und Grafik:** Dirk Meisel (dm)  
**Adressen und Aboverwaltung:** Sara Schnegg

**Druck und Vertrieb:** Jordi AG, Belp  
**Copyright:** Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.  
**An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:** Barbara Baumann-Hölzle, Markus Baumgartner, Hugo Bossart, Nik Gugger, Andrea Heger, Ruedi Löffel, Dirk Meisel (dm), Roman Rutz (rr), Sara Schnegg (Lektorat), Marianne Streiff, Lilian Studer, Mark Wisskirchen  
Herzlichen Dank allen!

Beschlossen von der Delegiertenversammlung vom 26. März 2022 für die Abstimmungen vom 15. Mai:

**Änderung des Bundesgesetzes über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen (Transplantationsgesetz)** **NEIN**

**Änderung des Bundesgesetzes über Filmproduktion und Filmkultur (Filmgesetz)** **JA**

**Übernahme der EU-Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache Frontex (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)** **JA**

**EVP SOCIAL MEDIA**

facebook.com/evppev  
@evppev  
evppev

**ClimatePartner**  
Klimaneutral  
Druck | ID: 53458-1410-1071

**PROSPERITA** Die christlich-ethische Pensionskasse

Markus Krauss  
Geschäftsführer  
Goldschmiede Krauss

Michael Geissbühler  
Geschäftsführer  
PVT Solar AG

Ruth Zimmerli  
Augenoptikermeisterin  
Woods Optik AG

Jürgen Wehmann  
Coach Stiftung  
Wendepunkt

Die Pensionskasse für Unternehmen, Organisationen und Kirchgemeinden, denen eine christlich-ethische Vermögensanlage am Herzen liegt.

www.prosperita.ch

Anzeige



**Gib ihm ein neues Herz!**

«Wenn ihr nicht werdet wie die Kinder, werdet ihr nicht ins Himmelreich kommen». So lautet eine Aussage Jesu im Markusevangelium. Meine Enkelin hat mir knallhart vor Augen geführt, was das heisst. Wir erleben einen schrecklichen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Schockiert, wütend, ohnmächtig kann ich die Gefühle von mir und wahrscheinlich vieler unter uns umschreiben. Wir versuchen zu helfen, wo es nur geht. Sei es durch politische Forderungen, die Sanktionen der EU zu übernehmen oder Schutzwesten zu liefern. Sei es, uns als Gastfamilien zur Verfügung zu stellen, Geld zu spenden oder an Friedensdemonstrationen teilzunehmen oder für all die Flüchtenden zu beten. Und meine 11-jährige Enkelin? Als sie letztthin bei uns übernachtete, sagte sie beim ins Bett gehen, dass sie jeden Abend für jemanden anderes bete. Heute wolle sie für Putin beten. Und dann betete sie: «Lieber Gott, schenke Putin ein neues Herz, damit er mit diesem Krieg aufhören kann». Wow! Wie wichtig ist es doch, dass wir aktiv sind sowohl politisch wie auch im Hilfe leisten. Aber Herzen verändern, wahren Frieden schaffen, das kann nur Gott allein. Und so schliesse ich mich diesem Gebet an: Gott, schenke Putin ein neues Herz, damit er mit diesem Krieg aufhören kann!

**MARIANNE STREIFF, NATIONALRÄTIN**  
 marianne.streiff@parl.ch

**GEBETE UND HERZEN SIND STÄRKER**

Die 103. ordentliche Delegiertenversammlung beinhaltete mehr als Parolenfassungen, Jahresbericht und Jahresrechnung: In einer eindrücklichen Rede wandte sich der ukrainische Botschafter Artem Rybchenko an die Delegierten. Er bedankte sich bei den EVP-Nationalratsmitgliedern für die vielfältige Unterstützung der Ukraine. Zu den eidgenössischen Abstimmungen vom 15. Mai fassten die Delegierten die Ja-Parole zu Filmgesetz und Frontex sowie die Nein-Parole zur Widerspruchslösung bei der Organtransplantation.

«Aber eure Gebete und offenen Herzen haben sich als stärker erwiesen als die Angst, Verzweiflung und Lügen», so der ukrainische Botschafter in der Schweiz, Artem Rybchenko, in seiner bewegenden Rede an der Delegiertenversammlung der EVP. Er schilderte die Erlebnisse aus einem Monat Krieg in der Ukraine und zeigte auf, was die Schweiz für die Ukraine tun kann. Insbesondere dankte er auch EVP-Nationalrat Nik Gugger für seinen unermüdlichen Einsatz, um die Lieferung von Schutzwesten und Schutzhelmen für Kinder, Zivilpersonen und Medizinpersonal durch die Schweiz zu erreichen.

Deutlich fielen anschliessend die Parolenfassungen zu den Abstimmungsvorlagen vom 15. Mai aus. Nationalrätin Lilian Studer überzeugte die Delegierten von einem Ja für das Filmgesetz. Marianne Streiff zeigte auf, weshalb die Frontex-Abstimmung trotz berechtigter Kritik an der Grenzschutzbehörde angenommen werden soll.

Unbestritten war, dass die Schweiz mehr Spenderorgane benötigt und deshalb die Spenderate erhöht werden soll. Allerdings ist aus Sicht der Delegierten die zur Abstimmung stehende erweiterte Widerspruchslösung der falsche Weg dahin, weshalb die Änderung des Transplantationsgesetzes deutlich abgelehnt wurde. Im Jahresbericht ging die Präsidentin auf vergangene positive Abstimmungsergebnisse ein (z.B. Initiative Kinder ohne Tabak) und verwies auf die spannenden EVP-Veranstaltungen im vergangenen Jahr wie zum Beispiel dem Fokustag zum nordischen Modell mit hochkarätigen Referenten. Die Delegiertenversammlung genehmigten sowohl den Jahresbericht als auch die Jahresrechnung einstimmig.

**ROMAN RUTZ  
 GENERALSEKRETÄR EVP CH**  
 roman.rutz@evppev.ch



Foto: Dirk Meisel

In einem eindringlichen Appell wandte sich der Ukrainische Botschafter Artem Rybchenko an die Delegierten.



**WIR  
 SUCHEN  
 DICH!**

**In der EVP politisieren Menschen, die sich aus ihrer christlichen Grundhaltung mit Leidenschaft für Mensch und Umwelt engagieren. Willst du dich auch für Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Menschenwürde einsetzen? Dann suchen wir dich:**

**ADMINISTRATIVSEKRETÄR/IN**

**(70–90 %) per 1. Juli/1. August o.n.V.**

- Hauptverantwortung für die Büroorganisation, den Empfang und das Lager
- Mitgliederbetreuung und Adressverwaltung
- Tagungs- und Eventorganisation

**Auskünfte und Infos:**  
 Roman Rutz | roman.rutz@evppev.ch  
 078 683 56 05 | www.evppev.ch



Anzeige

# DIESER KRIEG IST DURCH NICHTS ZU RECHTFERTIGEN!

Mehr als 70 Organisationen hatten dazu aufgerufen und trotz eisiger Temperaturen und Schnee waren 10'000 Menschen am ersten Aprilwochenende nach Bern gekommen, um mit einer berührenden Kundgebung für den Frieden in der Ukraine zu demonstrieren. Auch eine EVP-Gruppe schloss sich dem Umzug an.

«Wir sind hier mit einer Gruppe von Menschen aus der EVP, die sich für Frieden in der Ukraine einsetzen wollen», brachte Nationalrätin Marianne Streiff das Anliegen zu Beginn des Demonstrationzuges zum Ausdruck. «Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand, unbürokratische Hilfe für die ankommenden Flüchtlinge und harte Massnahmen gegen den Rohstoffhandel Russlands in der Schweiz», stellte sie sich im Namen der EVP hinter die Forderungen der Kundgebung. Die unsäglichen Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen müssten international untersucht werden, so eine weitere wichtige Forderung der Demonstrierenden. Nadine Branitskaya und Victor Solomin, ein in die Schweiz geflüchtetes Künstlerpaar, berührte mit ukrainischen Melodien die Menschen. Olesia Briazgunova, eine ukrainische Gewerkschafterin

schilderte eindringlich in einer Live-Schaltung aus der Ukraine die Situation vor Ort. Rita Famos, Präsidentin der Evangelisch-Reformierten Kirche rief im Namen des Rates der Religionen aufrüttelnd zum Frieden auf. «Frieden ist die Sehnsucht aller Menschen... und das Ziel aller Religionen. Frieden fällt nicht vom Himmel. Er muss mit Kraft, Mut und Hingabe erarbeitet, erhalten und verteidigt werden. Täglich. Überall. Von uns allen.» Sie forderte den Patriarchen von Moskau auf, endlich seine Autorität einzusetzen und Präsident Putin dazu zu bewegen, den Krieg zu beenden. Dieser Krieg sei durch nichts weder vor Gott noch vor den Menschen zu rechtfertigen. Er sei ein Verbrechen vor und an Gott.

**DIRK MEISEL**  
KOMMUNIKATION EVP CH  
dirk.meisel@evppev.ch

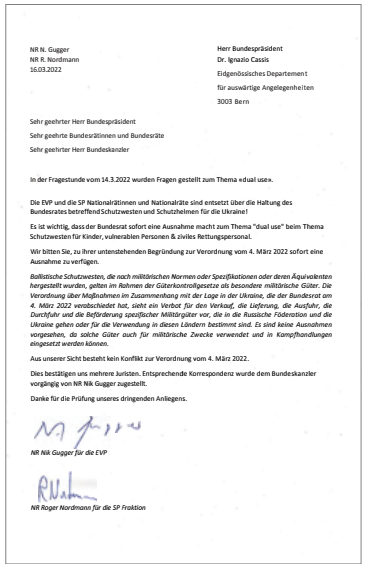


Fotos: Dirk Meisel

Die Kundgebung berührte und machte betroffen.

## SCHUTZ FÜR ZIVILISTEN

Nik Gugger bat den Bundesrat in der Fragestunde vergeblich, eine Ausnahme zu machen und Schutzmaterial für Kinder, Zivilisten und Spitalpersonal in die Ukraine zu liefern. Dieser verwies aufs Gesetz, das die Lieferung kugelsicherer Schutzwesten in Konfliktgebiete verbietet. In einem Brief an den Bundespräsidenten stiessen EVP und SP nach. Die Antwort fiel bereits etwas moderater aus: Schutzwesten eines leichteren Typs könnten genehmigt werden. Nik Gugger liess nicht locker und reichte erneut ein, damit auch Westen des besser schützenden Typs geliefert werden können. Der Bundesrat versprach, es zu prüfen.



Appell an den Bundesrat



Marianne Streiff und Nik Gugger mit Flüchtlingen aus der Ukraine

## KRISENDIPLOMATIE

Mitte März hat im Bundeshaus das Ukraine-Forum stattgefunden. Mehr als 20 Botschafter, unter anderem die Vertreter Deutschlands, der USA, Kanadas, der Ukraine, Japans und Polens, kamen zu einem Austausch

über den Krieg in der Ukraine zusammen. Sichtweisen auf den Krieg und seine Ursachen, aber v.a. was es jetzt braucht, um die Zivilbevölkerung zu schützen, stand im Zentrum. Nik Gugger moderierte den Anlass.



Fotos: zVg

Solidarität im Bundeshaus

**So helfen Sie direkt:**

**Hilfe für Moldawien:**  
[www.copalana.org/nik-gugger](http://www.copalana.org/nik-gugger)  
Selbst eines der ärmsten Länder Europas, nimmt Moldawien Tausende Flüchtlinge auf. Helfen wir, damit sie helfen können.



**WIR  
SUCHEN  
DICH!**

In der EVP politisieren Menschen, die sich aus ihrer christlichen Grundhaltung mit Leidenschaft für Mensch und Umwelt engagieren. Willst du dich auch für Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Menschenwürde einsetzen? Dann suchen wir dich:

## POLYGRAF/IN, GESTALTER/IN

(50–80 %) per 1. Mai o.n.V.

- Grafische Gestaltung der EVP-Kommunikation
- Gestalterische Verantwortung bei Wahlen und Abstimmungen
- Weiterentwickeln des Gestaltungskonzepts innerhalb der CD-Vorgaben

### Auskünfte und Infos:

Roman Rutz | roman.rutz@evppev.ch  
078 683 56 05 | www.evppev.ch



**Wir suchen:**

## GENERALSEKRETÄR/IN

(20–30 %) per 1. Juli o.n.V.

### Infos und Auskünfte:

www.jevp.ch



Not macht erfinderisch.  
www.swsieber.ch



**Rollator**

Sozialwerk  
Pfarrer Sieber



## «DER ZWECK HEILIGT DIE MITTEL. MENSCHEN DÜRFEN INSTRUMENTALISIERT WERDEN.»

Ist es ethisch korrekt, dass der Staat das Schweigen seiner Bürgerinnen und Bürger zur Organentnahme nach ihrem Tod stillschweigend als Zustimmung deutet und damit Zugriff auf ihren Körper hat? Die promovierte Theologin und Ethikerin Ruth Baumann-Hölzle warnt vor einem Präzedenzfall für weitere staatliche Übergriffe. Sie sieht das wohl wichtigste Grundrecht der Menschen auf ihre Integrität gefährdet. Mit ihrem Widerstand gegen die Widerspruchslösung lehnt die Besitzerin eines Spenderausweises dabei nicht die Transplantationsmedizin an sich ab. Aber jeder und jede soll selbstbestimmt entscheiden können, ob er Organe freigeben will oder nicht. Denn das Sterben ist, so Baumann-Hölzle, ein Prozess, der mit dem Hirntod nicht abgeschlossen ist.



Foto: zVg

**Ruth Baumann-Hölzle, 64** ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder. Sie ist Geschäftsführerin der Stiftung Dialog Ethik und Leiterin des Interdisziplinären Institutes für Ethik im Gesundheitswesen der Stiftung.

**Frau Baumann-Hölzle, Sie sehen in der Einführung der erweiterten Widerspruchslösung einen Paradigmenwechsel auch im Rechts-**

**verständnis der Schweiz. Was genau würde sich denn so fundamental verändern mit dieser Gesetzesänderung? Sehen Sie weiter reichende Konsequenzen?**

Bis anhin können wir davon ausgehen, dass der Staat unsere physische, psychische und soziale Integrität selbstverständlich schützt. Neu muss ich dem Staat gegenüber meine Integrität einfordern und aktiv verteidigen. Damit wird ein Präzedenzfall für weitere staatliche Übergriffe gesetzt wie zum Beispiel bei der Datenhoheit. Im Namen des gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohls kann der Staat von nun an Integritätsverletzungen vornehmen. Wie will der Staat sicherstellen, dass wirklich alle Menschen die Information verstanden haben, dass sie sich aktiv melden müssen, wenn sie keine Organentnahme wollen, dass sie entscheiden können und müs-

sen und so weiter. Im Zweifel haben nicht mehr die Integrität und die Selbstbestimmung den Vorrang, sondern der Zweck heiligt die Mittel. Menschen dürfen instrumentalisiert werden.

**Ist es aus ethischer Sicht korrekt, den fehlenden Widerspruch eines Menschen als dessen stillschweigende Zustimmung zu deuten? Immerhin handelt es sich ja um einen guten Zweck und eine grosse Mehrheit der Bevölkerung signalisiert in Umfragen doch ihre Bereitschaft zur Organspende?**

«Neu muss ich dem Staat gegenüber meine Integrität einfordern und aktiv verteidigen.»

Schweigen kann viele Gründe haben und bedeutet nicht einfach Zustimmung. Interessant ist, dass zwar in Umfragen 80 Prozent der Bevölkerung für eine Organspende

sind, aber nur 16 Prozent dann aktiv einen Spenderausweis besitzen.

**Unsere Verfassung verpflichtet den Staat, die körperliche und seelische Unversehrtheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Das bleibt doch auch weiterhin gewährleistet oder nicht?**

Nein gerade nicht. Denn schon bevor eine Person hirntot ist, wird sie auf der Intensivstation – nachdem man entschieden hat, die Maschinen abzustellen – für eine Organentnahme vorbereitet, wenn sie

nicht vorher dagegen widersprochen hat. Nach dem Abstellen der Intensivmassnahmen und nur fünf Minuten nachdem man den Hirntod festgestellt hat, wird mit der Reanimation begonnen, um die Organe frisch zu halten. Damit die Person ganz sicher nicht wieder zum Leben erwacht, werden die Halschlagadern unterbrochen. Das sind tiefgreifende Eingriffe, die eine explizite Zustimmung verlangen.

**Sie sprechen in diesem Zusammenhang auch von der Gefahr der Instrumentalisierung des Menschen. Was genau befürchten Sie?**

Wenn Organe Menschen ohne explizite Zustimmung entnommen werden, nimmt man in Kauf, dass man Menschen Organen gegen ihren Willen entnimmt. Das ist eine Organentnahme wider Willen. Eine Spende hingegen muss explizit und freiwillig erfolgen.



Fotos: Symbolbilder pixabay.com

«Wenn man Menschen Organe ohne deren ausdrückliche Zustimmung entnimmt, besteht die Gefahr der Organentnahme wider Willen. Eine Spende muss jedoch explizit und freiwillig erfolgen.»

**Organspenden retten doch Leben. Müsste die Gesetzesänderung bei Ihnen als Theologin und Ethikerin nicht offene Scheuentore einrennen? Es ist doch etwas ethisch Wertvolles, möglichst viele Leben retten zu wollen?**

Die Ablehnung der Widerspruchsregelung ist keine Ablehnung der Transplantationsmedizin. Ich selber habe einen Ausweis für die Entnahme beim primären Hirntod. Seit dem zweiten Weltkrieg haben wir festgelegt, dass die Integrität eines Menschen nur im Fall einer massiven Fremdgefährdung verletzt werden darf und auch dann muss dies noch verhältnismässig sein. Dieses Abwehrrecht ist wohl das wichtigste Grundrecht überhaupt. Zudem ist es nicht einmal klar, ob die Widerspruchsregelung zu mehr Organen führt, sie schwächt aber mit Sicherheit die Autonomie der Patienten.

**In meinem Umfeld höre ich häufig: Wenn ich tot bin, bin ich tot. Es ist doch gut, wenn meine Organe dann noch anderen Leben ermöglichen können. Das Sterben endet doch mit dem erklärten Hirntod und ich kann den Körper freigeben?**

«Bei der Erklärungslösung muss jede Person Stellung beziehen. Organentnahmen wider Willen gäbe es dann nicht mehr.»

Gegen diese Argumentation hat ja auch niemand etwas einzuwenden. Nur soll jeder und jede selbstbestimmt darüber entscheiden können, ob er oder sie ihre Organe freigeben möchte oder nicht. Das Sterben ist ein Prozess. Mit dem «Hirntod» ist der Sterbeprozess unumkehrbar geworden. Aber er ist noch nicht abgeschlossen. Deshalb werden die Hirntoten bei einer Organentnahme auch in eine Narkose versetzt, weil sie bei der Entnahme Reaktionen zeigen.

**Bei der neuen erweiterten Widerspruchslösung können die Angehörigen die Organentnahme verweigern, wenn sie glaubhaft machen können, dass dies im Sinne**



**Bereits bevor eine Person hirntot ist, wird sie auf der Intensivstation – nachdem man entschieden hat, die Maschinen abzustellen – für eine Organentnahme vorbereitet, wenn sie nicht dagegen widersprochen hat.**

**des Verstorbenen ist. Können die Hinterbliebenen das in den wenigen Minuten nach der Feststellung des Todes bis zur Entnahme leisten? Welche Rolle kommt damit den Angehörigen zu?**

Die Angehörigen befinden sich in einer ausserordentlichen Stresssituation und geraten noch mehr unter Druck als heute schon, indem sie eine Ablehnung beweisen müssen. Denn im Zweifel gilt nicht mehr

für die Selbstbestimmung, sondern für die Instrumentalisierung.

**Die nationale Ethikkommission hatte das sogenannte Erklärungsmodell empfohlen. Wäre diese Lösung aus ethischer Sicht vorzuziehen?**

Ja, auf jeden Fall. Damit muss jede urteilsfähige Person zur Organentnahme Stellung beziehen. Organentnahmen wider Willen gäbe es dann nicht mehr.

.....  
**INTERVIEW: DIRK MEISEL, LEITER KOMMUNIKATION EVP CH**  
 dirk.meisel@evppev.ch  
 .....

## DAS ERKLÄRUNGSMODELL

Die nationale Ethikkommission hatte die sogenannte Erklärungsregel empfohlen. Diese sieht vor, dass die Menschen in der Schweiz regelmässig (zum Beispiel bei der Verlängerung der ID oder bei Arztkonsultationen etc.) dazu aufgefordert werden, sich mit der Frage der persönli-

chen Organspende auseinanderzusetzen und ihren Willen dann auch in einem Spendenregister zu erklären. Diese Erklärungsregelung würde dem Selbstbestimmungsrecht am besten Rechnung tragen, da unklare Fälle seltener wären. Das wiederum würde die Angehörigen entlasten.

## WAS SPRICHT DAGEGEN?

- **Das Recht auf körperliche Unversehrtheit wird nicht mehr garantiert.**

Die Bundesverfassung garantiert jedem Menschen das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung. Dieser Schutz muss insbesondere in höchst verletzlichen Situationen wie dem Sterbeprozess gelten. Mit der Widerspruchsregelung muss der Bürger sein bisher staatlich garantiertes Recht auf körperliche Unversehrtheit aktiv einfordern.

- **Schweigen bedeutet nicht Zustimmung.**  
Zu jedem medizinischen

Eingriff, selbst für die Blutentnahme, braucht es unser ausdrückliches Einverständnis. Dass es ausgerechnet für den grössten Eingriff in den Körper, die Organentnahme, keine Zustimmung braucht, ist falsch.

- **Der Druck auf die Angehörigen wird sehr gross.**

Sie dürfen nur Widerspruch einlegen, wenn sie glaubhaft machen können, dass dies im Interesse des Verstorbenen ist – und dies unter Schock und in Trauer innerhalb weniger Minuten.

# GRENZSCHUTZ WAHREN, SCHENGEN BEIBEHALTEN

Die EU rüstet seit 2019 die Grenz- und Küstenwache Frontex mit mehr Personal und technischer Ausrüstung auf, damit die Agentur ihre Aufgaben im Grenz- und Rückkehrbereich besser wahrnehmen kann. An diesem Ausbau soll sich auch die Schweiz beteiligen, weil es sich um eine Weiterentwicklung des Schengen-Abkommens handelt, dem sie assoziiert ist. Die Delegierten der EVP stimmten dem deutlich zu.

Frontex ist die 2005 gegründete Grenzschutzagentur der Europäischen Union. Sie unterstützt die Schengen-Staaten operativ bei der Kontrolle der Schengen-Aussengrenzen. Die Schweiz leistet als Schengen-Mitglied finanziell und personell ihren Beitrag an Frontex.

## Ausbau des Schutzes der Grundrechte

Frontex wird nun weiterentwickelt. Unter anderem soll die Anzahl der Grenz- und Küstenschützer aus allen assoziierten Staaten erhöht und der Schutz der Grundrechte für Geflüchtete ausgebaut werden. Mit der Weiterentwicklung erhöht sich der jährliche Beitrag der Schweiz von knapp 24 Millionen Franken für das Jahr 2021 auf voraussichtlich 61 Millionen Franken im Jahr 2027.

## Rechenschaftspflicht und effektive Kontrollen

Die Medienberichte über Menschenrechtsverletzungen an der EU-Aussengrenze sowie Rückwei-

sungen der Geflüchteten (sogenannte Pushbacks) haben uns erschüttert. Dieses grundrechtswidrige Vorgehen muss umgehend gestoppt werden. Doch ein Rückzug der Schweiz aus der Beteiligung an Frontex würde lediglich dazu führen, dass die Schweiz sich in den entscheidenden Gremien nicht mehr für den Schutz der Grundrechte und der Menschenwürde einsetzen könnte, zum Beispiel für eine verbindliche Rechenschaftspflicht sowie effektive Kontrollen der Arbeit an den Grenzen.

## Was bei einem Nein passiert

Bei einem Nein endet die Zusammenarbeit der Schweiz mit den Schengen- und Dublin-Staaten automatisch, es sei denn, ein gemischter Ausschuss findet mit der Schweiz innerhalb von 90 Tagen eine einstimmige Lösung zur Weiterführung der Zusammenarbeit. Schengen ist jedoch ein grundlegendes Instrument für unsere innere Sicherheit. Wir brauchen den europäischen

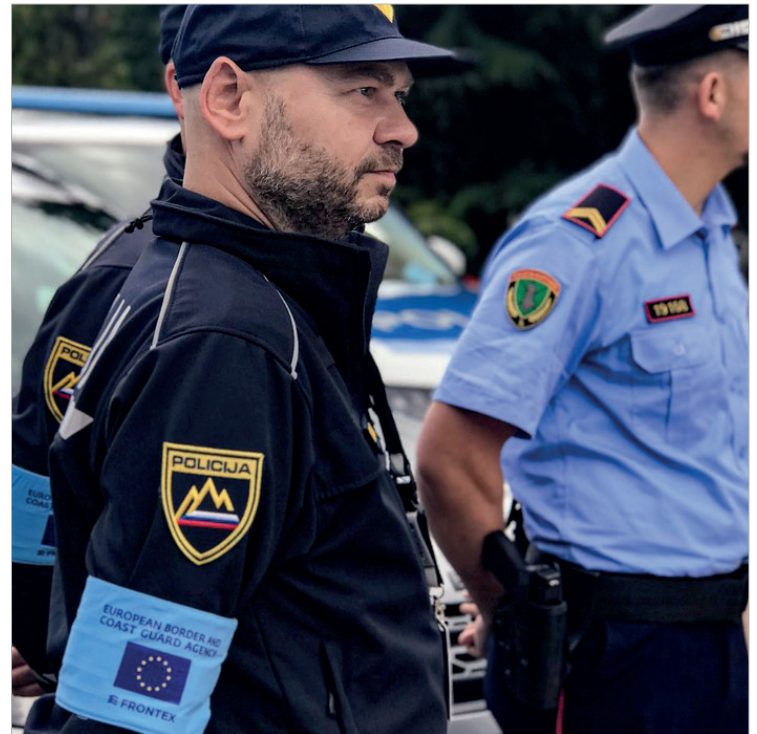


Foto: Frontex

Wenn die Schweiz in Gremien weiter mitarbeitet, kann sie effektive Kontrollen und verbesserten Schutz der Menschenrechte einfordern.

Grenzschutz gegen Schmuggel, Menschenhandel und Kriminalität. Und als Schengen-Mitglied sind wir gehalten, uns solidarisch mit Geld und Personal an diesem System zu beteiligen. Die Delegierten der EVP be-

schlossen daher mit 81 Ja zu 8 Nein deutlich die Ja-Parole.

**MARIANNE STREIFF**  
NATIONALRÄTIN EVP, BE  
marianne.streiff@parl.ch

## WAS SPRICHT DAFÜR?

- **Frontex ist ein integrierter Bestandteil der Schengen-Zusammenarbeit.** Bei der Weiterentwicklung stehen operative Fragen im Vordergrund. Frontex unterstützt die EU-Staaten sowie die assoziierten Staaten wie die Schweiz bei der Verwaltung der Aussengrenzen und bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität.
- **Schengen-Dublin in Gefahr.** Eine allfällige Nichtübernahme der Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands würde u.U. die Beendigung der Zusammenarbeit der Abkommen von Schengen insgesamt und demzufolge auch von Dublin nach sich ziehen.
- **Finanzielle Solidarität.** Der europäische Grenzschutz gegen Schmuggel, Menschenhandel und Kriminalität ist notwendig. Deshalb müssen sich die europäischen Staaten und die Schweiz am Schutz der europäischen Aussengrenze beteiligen.
- **Wer mitentscheiden will, muss sich beteiligen.** Die Schweiz ist nicht in der Lage, die gesamte Problematik der Migrationspolitik der Europäischen Union allein zu lösen.

## TERMINE 2022

- 29.04. Club 1000-Anlass, Bern, Bundeshaus
- 09.05. – 13.05. Sondersession des eidgenössischen Parlaments
- 15.05. Eidgenössische Volksabstimmung
- 21.05. Impuls- und Vernetzungstagung «Allez les femmes» der EVP-Frauen, Aarau
- 30.05. – 17.06. Sommersession des eidgenössischen Parlaments
- 25.06. Delegiertenversammlung
- 26.08. 13. KMU-Forum



## MEHR SERIEN, MEHR FILME, MEHR SCHWEIZ

Filme und Serien werden zunehmend im Internet zum Abruf angeboten. Während jedoch inländische Fernsehsender von ihrem Umsatz in das Schweizer Filmschaffen investieren müssen, besteht für die Streamingdienste keine solche Investitionspflicht. Das neue Filmgesetz, über das wir am 15. Mai abstimmen, will dies ändern. Die EVP-Delegierten sagten Ja zur Änderung des Filmgesetzes und damit zur Unterstützung der Schweizer Kulturschaffenden.

Mit dem geänderten Bundesgesetz über die Filmproduktion und Filmkultur sollen Streaminganbieter und auch ausländische Fernsehsender mit Schweizer Werbefensern verpflichtet werden, vier Prozent ihres in der Schweiz erwirtschafteten Umsatzes in das Schweizer Filmschaffen zu investieren. Schweizer Fernsehsender kennen diese Investitionspflicht schon heute. Nun sollen gleich lange Spiesse geschaffen werden. Schätzungen zufolge werden durch die Erweiterung der Investitionspflicht 18 Millionen Franken zusätzlich in die schweizerische Filmproduktion fließen. Eine Investitions- oder sogar eine Abgabepflicht für das heimische Filmschaffen kennen bereits einige Länder in Europa u.a. Frankreich, Griechenland, Italien, Spanien oder

Deutschland.

Mit diesem Gesetz wird keine zusätzliche Abgabe oder Sondersteuer erhoben. Vielmehr geht es darum, im internationalen Markt mithalten zu können mit Ländern, die eben eine solche Investitionspflicht kennen und in denen diese Filme dann auf Streamingportalen gezeigt werden. Warum soll nicht ein kleiner Anteil des Umsatzes, der am Schweizer Markt erwirtschaftet wurde, in unsere inländischen Filmschaffenden oder in gute Ideen investiert werden? Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass die Einführung keine Erhöhung der Abopreise ergeben hat. Netflix erhöht seine Preise in der Schweiz auch so.

Zusätzlich sollen Streamingdienste verpflichtet werden, mindestens 30 Prozent Inhalte anzubieten, die in



Foto: zVg

Ein kleiner Anteil am Umsatz der Streamingdienste soll in inländische Kunstschaffende investiert werden.

Europa produziert wurden. Diese Voraussetzung erfüllen die meisten Streaminganbieter ohnehin bereits. Die EVP fassten an ihrer Delegiertenversammlung im März mit 79 Ja zu 12

Nein die Ja-Parole.

**LILIAN STUDER,**  
NATIONALRÄTIN  
[lilian.studer@parl.ch](mailto:lilian.studer@parl.ch)

## DER KRIEG IN DER UKRAINE MACHT DEUTLICH: SEIN IST MITSEIN.



Das vermittelt der Doppelpunkt Woche für Woche. Denn Menschsein ist ein Auftrag zum Mitsein in allen Facetten.

Jetzt kostenlos kennenlernen unter [www.doppelpunkt.ch](http://www.doppelpunkt.ch)!

Anzeige



## FREUD UND LEID SEHR NAHE BEIEINANDER

Wegen teilweise äusserst knappen Sitzverlusten bei den Grossratswahlen, können die langjährigen und sehr engagierten EVP-Grossrätinnen Christine Grogg (Oberaargau), Melanie Beutler (Thun) und Barbara Streit (Bern) ihre Arbeit im Berner Rathaus nicht weiterführen. Umso wichtiger und erfreulich sind zwei EVP-Sitzgewinne im Seeland und Mittelland-Nord. Hier zahlten sich die Listenverbindungen mit GLP und EDU zugunsten der EVP aus. Behindertenrechtlerin Simone Leuenberger (Uetligen) und Gemeinderätin Barbara Stotzer-Wyss (Büren) sind die hochmotivierten neuen EVP-Grossrätinnen. Die restlichen 7 Sitze verteilte die EVP – im Jura bernois und im Emmental dank der Listenverbindung. Neu besteht die Berner EVP-Grossratsfraktion aus neun Mitgliedern (-1 Sitz). Einmal mehr zeigte sich, dass das transparentere und fairere Sitzzuteilungssystem nach Pukelsheim im Kanton

Bern längst überfällig ist. Weil Hans Kipfer sein Mandat aufgrund eines ausserkantonalen Stellen- und Wohnortwechsels nicht wahrnehmen kann, folgt auf ihn Katja Streiff, Gemeindeparlamentarierin aus Köniz. Bei der Regierungswahl erreichte EVP-Kandidatin Christine Grogg 47'283 Stimmen. Auf jedem fünften gültigen Wahlzettel stand ihr Name. Dieses für EVP-Verhältnisse herausragende Wahlergebnis unterstreicht die grosse Akzeptanz von Christine Grogg in der Bevölkerung. Umso bedauerlicher und unverständlicher ist die Tatsache, dass sie ihr Engagement im Grossen Rat aufgrund des unfairen Sitzzuteilungsverfahrens nicht fortführen kann. Die Wahlbeteiligung lag einmal mehr bei erschreckend niedrigen 31,2 Prozent.

**RUEDI LÖFFEL, CO-GESCHÄFTS-FÜHRER EVP KANTON BERN**  
[ruedi.loeffel@suchtpraevention.org](mailto:ruedi.loeffel@suchtpraevention.org)



Fotos: Rebekka Suter

Die neue EVP-Fraktion im Berner Grossrat



Hochakzeptiert: Christine Grogg



Folgt Hans Kipfer: Katja Streiff



## EVP THURGAU NEU MIT PRÄSIDIALEM TANDEM

Am 21. März 2022 wählten die Delegierten der EVP Kanton Thurgau einstimmig Doris Günter und Christian Stricker zum Präsidententeam für die EVP Thurgau. Der bisherige Amtsinhaber Wolfgang Ackerknecht übergibt den Stab im Mai und schaut dankbar auf eine erfolgreiche Amtszeit zurück.

### Seit 18 Jahren im Dienst der EVP

Wolfgang Ackerknecht hat sich während langer Jahre in die Thurgauer Politik eingebracht. 2004 wurde er in den Frauenfelder Gemeinderat gewählt. Seit 2006 investierte er sich dann im Kantonsrat, die letzten vier Jahre auch als Präsident der EVP Thurgau. Unter seiner Federführung konnte die EVP Thurgau ihre Fraktion auf sechs Kantonsratsmandate ausbauen. Besonders freute ihn 2018 die Gründung der \*jevp Thurgau. «Danke Wolfgang!»

### Als präsidiales Team an der Spitze

Doris Günter, 65, brachte sich in den letzten 20 Jahren ebenfalls in verschiedensten EVP-Funktionen im Bezirk, im Redaktionsteam Akzente und als Kantonsrätin ein. Die pensionierte Lehrerin machte sich vor zweieinhalb Jahren auf die Suche nach einer geeigneten Person, die für sie in den Kantonsrat nachrutschen könnte. Der Erlebnispädagoge, Pastor und Lehrer Christian Stricker, 55, liess sich gewinnen und erlebte über das Redaktionsteam Akzente, die Parteiloyalität und den Kantonsrat einen prägnanten Einstieg in die Politik. Die Bereitschaft und Freude als präsidiales Team gemeinsam die EVP Thurgau zu leiten, wuchs bei Doris Günter und Christian Stricker in den letzten Monaten heran. «Wir wollen weiter Vorbild sein, uns prägnant positionieren und äussern – sei das nun zu den Menschenrechten oder zur Biodiversität, in Fragen der Bildung, im Zusammenhang mit Asylsuchen-



Foto: zVG

Neu im Co-Präsidium unterwegs: Doris Günter mit Christian Stricker, hier zusammen mit Amtsvorgänger Wolfgang Ackerknecht.

den oder bei der Renaturierung von Flüssen», so die beiden nach der Wahl.

Am 21. Mai feiert die EVP Thurgau ihren Präsidiumswechsel mit einem Fest. Denn das familiäre und herzliche Miteinander ist für die Thurgauer

gerade in letzter Zeit je länger je wichtiger geworden.

**CHRISTIAN STRICKER, CO-PRÄSIDENT EVP THURGAU**  
[christian.stricker@er-lebt.ch](mailto:christian.stricker@er-lebt.ch)



## GELUNGENE WAHLEN

Die EVP freut sich über insgesamt gelungene kommunale Wahlen im Kanton Zürich. In Affoltern am Albis etwa hat die EVP mit Eveline Fenner als Stadtpräsidentin auf Anhieb den Sprung in die Exekutive geschafft und ist neu mit Markus Gasser gleich mit zwei Exekutiv-Mitgliedern vertreten. In Zell konnte die bisherige Gemeindepräsidentin Regula Ehrmann ihren Sitz verteidigen und mit Stefan Hochreutener ebenfalls einen zweiten Exekutivsitz einnehmen. Weitere Gemeinden stellen gleich

zwei Exekutivmandate: Pfäffikon mit dem Präsidenten der EVP Kanton Zürich, Hanspeter Hugentobler als wiedergewählter Schulpräsident und Gemeinderat, sowie den bisherigen Alex Kündig als Gemeinderat. In Obfelden ist dies Christoph Kobel und neu Markus Gysel als Schulpflegepräsident ebenfalls gelungen. Von Adliswil bis Zürich haben weitere unzählige EVP Kandidatinnen und Kandidaten ihre Wahl oder Wiederwahl in die Exekutive oder Legislative geschafft. (Mark Wisskirchen)



Fotos: zVg

Strahlende Sieger zum Beispiel in Affoltern a. Albis



## BÄRENSTARKE ZUKUNFT

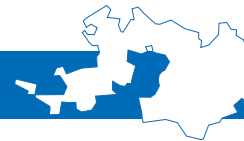
Die EVP Schaffhausen konnte Anfang April mit gut 50 geladenen Gästen im Schaffhausener Pavillon im Park ihr 100-jähriges Jubiläum feiern. Regierungsratspräsidentin Cornelia Stamm Hurter und die Präsidentin der EVP Schweiz, Lilian Studer überbrachten die Glückwünsche der Kantonsregierung und der nationalen EVP. Dabei wünschte Lilian Studer der EVP Schaffhausen weiterhin viel Selbstvertrauen und eine «bärenstarke Zukunft». Hugo Bosshart, Präsident der EVP Schaffhausen, be-

kräftigte, dass man auch in Zukunft eine lösungsorientierte Sachpolitik auf dem Fundament christlicher Werte weiterführen wolle. Die eindrückliche Geschichte der Kantonalpartei wird im Herbst 2022 in einer Publikation veröffentlicht. Bei der am Nachmittag in der Altstadt durchgeführten Sammelaktion für die Ukraine mir Luftballon-Wettbewerb konnten 750 Franken zu Händen der Schweizer Glückskette gesammelt werden. (Hugo Bossart)



Fotos: zVg

Präsidentin Lilian Studer wünschte eine «bärenstarke Zukunft».



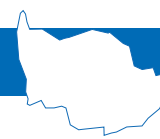
## KLEIN, ABER BEHARRLICH

Mitte Januar stiess die EVP Baselland coronabedingt virtuell, aber in grosser Dankbarkeit auf ihren 100. Geburtstag an. Die Vorfreude aufs bevorstehende Jubiläumsjahr ist gross. Regierungspräsident Thomas Weber bezeichnete die EVP Baselland als klein, aber beharrlich. Sie habe sich durch Konstanz, Verlässlichkeit und Flexibilität zu einem gewichtigen Player entwickelt. Die damals wie heute gelebten Grundwerte der EVP würden dazu beitragen, Brücken zu bauen sowie Spaltungen zu verhin-

dern oder zu mindern. Grussworte überbrachte auch Nationalrätin Lilian Studer als Präsidentin der Mutterpartei. Sie dankte, dass die EVP Baselland auch nach 100 Jahren aus christlicher Überzeugung Verantwortung übernimmt und sich für Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Menschenwürde einsetzt. Sie ermutigte dazu, das Erreichte zu feiern und weiterhin wichtige Spuren zu hinterlassen. Für den 9. Oktober ist dann ein grosses Jubiläumsfest geplant. (Andrea Heger)



Wegen Corona stiessen die Baselländer virtuell aufs Jubiläum an.



## EIN GUTER TAG

Im Burgbuchsaal in Zug feierte die EVP des Kantons Zug Anfang April ihre Gründung. «Wir wollen vermitteln, nahe an den Bürgerinnen und Bürgern sein und die Bedürfnisse der Bevölkerung aufgreifen und damit zu einer Verbesserung des Klimas im Kanton Zug beitragen», erklärte Mathias Bürki, Präsident der EVP Kanton Zug. GLP-Präsidentin Tabea Estermann sagte per Video «Heute ist ein guter Tag für die Demokratie im Kanton Zug. Der Wettbewerb führt

dazu, dass alle Teilnehmer bessere Lösungen finden und innovativer werden. Das ist gut für die Demokratie.» Nationalrätin Lilian Studer, Parteipräsidentin der EVP Schweiz, kam direkt von der 100-Jahr-Feier der EVP Schaffhausen nach Zug: «Das ist natürlich etwas Besonderes, am gleichen Tag ein Jubiläum und eine Gründung zu feiern. Es ist eine riesige Freude für uns. Ich bin überzeugt, dass ihr eine tolle Equipe seid.» (Markus Baumgartner)



Präsident Mathias Bürki mit Eveline Fenner und Lilian Studer

# EVP – DAMIT WERTE WIEDER ZÄHLEN.

Sie sind zwischen 16 und 60 Jahre jung, arbeiten als Lehrer, Sigristin oder Pflegefachfrau, leben in Landquart, Bern oder Solothurn – Mitglieder der EVP, denen allen eines wichtig ist: die Werte der EVP. In einer breit angelegten digitalen Imagekampagne erzählen sie in Videos, was sie ihnen bedeuten und warum sie in der EVP politisieren.

Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Menschenwürde, aber auch Solidarität und Glaubwürdigkeit sind die Werte, die seit mehr als 100 Jahren die Politik der EVP prägen. In Video-Clips, Online-Inseraten, Social Media Posts und vereinzelt Print-Inseraten erzählen Leona, Anaël, Timon oder Florian, weshalb diese Werte ihnen wichtig sind und warum sie in der EVP politisieren: Sie ist die Partei, in der sie die Werte, die ihnen von ihrem christlichen Glauben her wichtig sind, leben und gestaltend in die Gesellschaft einbringen können: «EVP - Damit Werte wieder zählen.» Ob die Menschen auf einer christlichen Online-Plattform oder bei

youtube auf die Videos und Ads stossen: Mit einem Click landen sie auf einer Website, die zum Unterstützen und Mitmachen einlädt: [www.evpev.ch/mitmachen/](http://www.evpev.ch/mitmachen/) Die EVP will sich damit als christliche Wertepartei in Erinnerung rufen. Sie will die Menschen motivieren, Politik auf Basis der Werte des Evangeliums zu unterstützen und diese selbst politisch gestaltend in die Gesellschaft einzubringen. Die ersten Videos liefen bereits während der kantonalen und kommunalen Wahlen in Bern und Zürich. Die Kampagne selbst ist im April gestartet, weitere Wellen sind für Spätherbst sowie 2023 geplant. (dm)



Ausschnitte aus den animierten Online-Inseraten.



Anzeige

**FAMILY – FÜR PAARE UND JUNGE FAMILIEN**

- PAAR-VERSTÄRKER
- ENTSCHEIDUNGS-HILFE
- ELTERN-BEGLEITER

**FAMILYNEXT – EHE UND FAMILIE FÜR FORTGESCHRITTENE**

- ELTERN-BEGLEITER
- PAAR-IDEENPOOL
- LEBENS-HILFE

KOSTENLOS KENNENLERNEN: FAMILY.CH